

Die Lokale Agenda 21 in Magdeburg

1 Handlungsfelder

Die **inhaltliche Arbeit** mit der Agenda 21 muss sich an folgenden **Kriterien** messen:

- Nachhaltigkeit (sozial, ökonomisch und ökologisch)
- Integration (Vernetzung, integrative Lösungsansätze, Innovation, Abgehen vom Ressortdenken)
- Partizipation (umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit, Stärkung der Rolle von Frauen, Kindern und Jugendlichen, indigenen Völkern, Land- und Forstwirtschaft, Wissenschaft und Technik, Privatwirtschaft, Arbeitnehmern und Gewerkschaften, nichtstaatlichen Organisationen, Kommune)

Für die Landeshauptstadt Magdeburg bieten sich folgende **Handlungsfelder** an:

A nachhaltiger Umgang mit Ressourcen

- Städtische Gebäude(z.B. Energiepass)
- Städtischer Fuhrpark: Konsequente Ausrichtung auf Energiesparantriebe, Erdgas,
- Städtisches Beschaffungswesen: Einsatz von Recyclingprodukten, Verzicht auf bestimmte Produkte
- Nachhaltige Mobilität
- Nachhaltige Wirtschaftsansiedlungspolitik: Priorität für Unternehmen mit regionalem Bezug, ökologische Standards
- Regenerative Energieerzeugung
- Wassersparaktionen etc.

B Entwicklungspolitik und Stärkung benachteiligter Gruppen

- Zusammenarbeit mit Eine-Welt-/ Vierte-Welt-Gruppen
- Förderung des Fairer-Handel-Engagements
- Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen
- Stärkung der Rolle der Frauen

C Gesundheitspolitik

- Wahrnehmung von Aufgaben im Gesunde-Städte-Netzwerk

D Beteiligungsprozess

- intensive Einbeziehung von Magdeburger Bürgerinnen und Bürgern

Die oben angesprochenen Handlungsfelder beinhalten zahlreiche **Querbeziehungen**. So beinhaltet eine effektive Gesundheitsvorsorge-Politik einen starken Einfluss auf alles, was mit dem Thema Mobilität zu tun hat. Denn jedwede Verkehrs-Bewegung ist zwangsläufig mit Lärm verbunden, der Belästigungsquelle Nr. 1 mittlerweile in Deutschland. In der Stadt haben wir mittelfristig in einzelnen Wohngebieten mit einer durch Lärm verursachten Segregation der Einwohner zu tun. Damit sind wiederum auch soziale Brennpunkte in der Entstehung begriffen.

Gleiches gilt auch, begreift man Energiesparpolitik in all ihren Dimensionen. Denn der Verkehr stellt „den Wachstumsmarkt“ beim Ressourcenverbrauch und damit bei der Klimaschädigung dar; er ist zudem der gegenwärtig stärkste Bereich, der Naturräume zerstört (Zerschneidung, Verinselung von Lebensgemeinschaften, Schwächung des Genpools).

Die Verwaltung konzentriert sich zunächst auf die Schwerpunkte:

- **Mobilität**
- **Gesunde Stadt**
- **Fairer Handel.**

Zu den einzelnen Themen wird im Rahmen eines Beteiligungsprozesses gemeinsam mit Initiativen, Vereinen, Verbänden und Magdeburger Bürgern ein Handlungsprogramm aufgestellt. Dieses wird Maßnahmen, Strategien, Projekte und Handlungsempfehlungen bündeln.

Von der Festsetzung der Agenda-Schwerpunkte unberührt bleibt die durch die Landeshauptstadt Magdeburg zu leistende **Klimaarbeit**. Sie ergibt sich aus dem Beitritt der Landeshauptstadt zum Klimabündnis und den in diesem Zusammenhang beschlossenen klimapolitischen Leitsätzen und Zielstellungen.

1.1 Mobilität

Der Wechsel zwischen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit erfordert in der Regel einen Ortswechsel. Aufgrund der allumfassenden Betroffenheit – entweder als Schädigender oder als Geschädigter, und das oft in einer Person – bietet das Thema Mobilität viele Möglichkeiten, mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zu treten.

Die Stadtentwicklung der Zukunft zeichnet sich durch eine stärkere Mischung der Alltagsaktivitäten (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeitgestaltung) aus.

Die kleinräumige **Funktionsmischung** von Wohnen, Bildung, Gewerbe, Versorgung und Erholung steigert die Qualität des Wohnumfeldes und wertet den Nahraum für sämtliche Aktivitäten deutlich auf. Gemischtgenutzte Stadtteile lassen den Verkehrsaufwand sinken und ermöglichen einen hohen Anteil des Umweltverbundes (öffentlicher Verkehr, Rad und zu Fuß gehen) am Gesamtverkehr.

Die gute flächendeckende Anbindung (innerstädtisch, regional und überregional) und die vielfältigen Angebote des öffentlichen Verkehrs erhöhen dessen Nutzung. Die bewusste Entscheidung der Menschen, welche Wege individuell und welche besser mit dem öffentlichen Verkehr durchgeführt werden können, wird vereinfacht.

Ein gezielter Infrastrukturausbau verbessert den Komfort der Verkehrsalternativen. Begleitende Information und Marketing sorgen für deren Wahrnehmung und Nutzung.

Ansatzpunkte für eine **Erhöhung der Attraktivität** können sein:

für Fußgänger:

- Sicherheit (z.B. Beleuchtung, Winterdienst, Pflasterung, Abschirmung gegen andere Verkehrsnutzungen)
- Leichtigkeit (z.B. Ampelphasen, Furtbreite, Aufstellflächen, Immissionen)

für Radfahrer:

- Sicherheit (z.B. Radwegführung, Radwegbreite, Fahrbahnbelag)
- Leichtigkeit (z.B. Ampelphasen, Beläge, Abstellflächen, Immissionen, Fahrradstraßen)

für den ÖPNV:

- Sicherheit (Querungshilfen im Haltestellenbereich, barrierefreie Haltestellenbereiche)
- Schnelligkeit (Verbesserung der Abstimmung verschiedener regionaler ÖPNV-Träger, Bevorrechtigung ÖPNV an Signalanlagen)
- Komfort
- Marketing (Schaffen finanzieller Anreize für den Umstieg von Pkw auf ÖPNV, Jobticket)

für Kinder und Jugendliche sowie Personen mit eingeschränkter Mobilität:

- gleichberechtigte Mobilität für Kinder und Jugendliche (konsequente Überprüfung des ruhenden Verkehrs, Radwegenetz, Tempo 30 in Wohngebieten, Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche in Wohngebieten und in der Nähe von Schulen und Kindergärten, Maßnahmen im Bereich ÖPNV z.B. Schülerticket)
- barrierefreie Haltestellenbereiche
- barrierefreie Straßenräume in Querungs- und Kreuzungsbereichen

- barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden

für den lokalen Güterverkehr:

- Logistikkonzepte

für den motorisierten Individualverkehr:

- Energieeffizienz
- Lärmschutz
- Carsharing
- Parkraummanagement

1.2 Gesunde Stadt

Mit der Drucksache DS256/02 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die **Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk** zu beantragen.

In der **Startphase** sind insbesondere

- die organisatorische Anbindung,
 - der Verantwortungsbereich,
 - die Koordinierung und
 - die finanzielle Absicherung des Projektes
- zu klären.

In der **Aufbauphase** sind nach der strategischen Konkretisierung des Projekts folgende Voraussetzungen zu schaffen

- die Einrichtung eines Projektbüros und
- der Aufbau des Gesunde-Städte-Gremiums.

Diese Voraussetzungen sind erforderlich, um in der eigentlichen **Aktionsphase** mittel- und langfristig entsprechend definierter Zielorientierungen handeln zu können.

Analog der Vorgehensweise bei dem Projekt Verwaltungsreform soll zunächst an einer oder zwei exemplarischen Aufgaben eine geeignete Methode für die Umsetzung entwickelt werden. Dabei kann möglicherweise auf Vorarbeiten der Partnerstädte zurückgegriffen werden. Die Koordinierung der Aktivitäten im Rahmen des Gesunde-Städte-Netzwerkes wird im Dezernat V erfolgen.

1.3 Fairer Handel

Über den häufig praktizierten lokalen Ansatz hinaus bedeutet Agenda 21 auch Wahrnehmung globaler Verantwortung.

Die Agenda 21 ruft zu einer nachhaltigen Entwicklung weltweit auf und erinnert die Industrieländer an ihre weltweite Verantwortung.

Der „Faire Handel“ garantiert im Gegensatz zum "normalen" Welthandel, dass die Produzentinnen und Produzenten gefördert und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Zu den Produkten gehören nicht nur typische Dritte-Welt-Produkte wie Kaffee, Tee, Kakao, Bananen etc., sondern auch mit einem Qualitätssiegel versehene Waren wie Teppiche („Rugmark“ für Herstellung ohne Kinderarbeit) oder Blumen (Blumensiegel für menschen- und umweltschonende Produktion). Qualität bezieht sich in diesem Zusammenhang nicht nur auf die Hochwertigkeit der Produkte, sondern auch auf Sozial- und Umweltstandards im Herstellungs- und Vermarktungsprozess. Damit werden die Anliegen der Agenda 21, nämlich die Bereiche Soziales, Ökologie und Ökonomie gleichberechtigt zu behandeln, erfüllt.

Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für einen Fairen Handel in Magdeburg werden gemeinsam mit dem Landesnetzwerk Entwicklungspolitik Sachsen - Anhalt e.V. sowie in Magdeburg ansässigen Eine-Welt-Gruppen geschaffen.

Ein weiterer Aspekt des Fairen Handels ist der regionale Handel (z.B. Bauernmarkt, food coop). Hier sollte eine weitere Etablierung angestrebt werden.

2 Agendakonferenz und Bürgerbeteiligung

Höhepunkt der Agenda-Arbeit werden **jährlich durchzuführende Agenda-Kongresse** bilden. Hier wird den Akteuren sowohl die Gelegenheit gegeben eine Standortbestimmung vorzunehmen, als auch neue Impulse für die Arbeit an einem **Agenda-Leitbild** für die Landeshauptstadt Magdeburg zu geben.

Die erste Agendakonferenz ist für **September 2003** vorgesehen. Mit dem Kernthema „Mobilität“ wird zum einen ein Schwerpunktthema der Magdeburger Lokalen Agenda 21 öffentlich gemacht zum anderen wird der Gedanke der Europäischen Woche der Mobilität (16. - 22.9.03), die in Verbindung mit dem Autofreien Tag initiiert wurde, aufgegriffen.

Wesentlicher Aspekt der Agenda-Arbeit ist die **Mitwirkung von Initiativen, Vereinen und Verbänden**. Dazu wurde am 25.03.2003 zunächst ein Statustreffen mit Vereinen und Verbänden durchgeführt. Ziele der Veranstaltung waren.

- Vorstellen des Standes der Agenda - durch Verwaltung und durch Vereine
- Ergründen sowohl von Schnittstellen der Vereine untereinander als auch mit der Verwaltung
- Benennung von Themenbereichen, die als wichtig empfunden werden
- Benennung weiterer Partnern
- Benennung von Projekten zu ausgewählten Schwerpunkten, die weiter verfolgt werden sollen.

Weitere turnusmäßige Treffen werden sich anschließen. In Abhängigkeit von den jeweiligen Themensetzungen sollen dabei auch die Magdeburger Bürger und Bürgerinnen stärker in den Diskussions- und Umsetzungsprozess einbezogen werden.

Nach der Agendakonferenz im September wird ein erstes Resümee gezogen werden. Dabei ist insbesondere einzuschätzen, in wie weit die Magdeburger Bürger und Bürgerinnen, Initiativen, Vereine und Verbände den Beschluss des Stadtrates zur Gestaltung und Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 mittragen.

Holger Platz
Beigeordneter für Kommunales, Umwelt
und Allgemeine Verwaltung

1 Die Agenda 21 von Rio de Janeiro 1992

1992 wurde auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro der Versuch gestartet, Umwelt und Wirtschaft miteinander zu verbinden und in den Mittelpunkt der Politik zu rücken.

Damit wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der darauf zielt, den Ausgleich zwischen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft zu gestalten.

Die in Rio verabschiedete Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, bestehend aus 40 Kapiteln.

Dabei werden in

Teil I (Kap. 2 bis 8)

soziale und wirtschaftliche Dimensionen

Teil II (Kap. 9 bis 22)

Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung

Teil III (Kap. 23 Präambel, Kap. 24 bis 32)

Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen

Teil IV (Kap. 33 bis 40)

Möglichkeiten der Umsetzung

betrachtet.

Kernpunkt der Forderungen der Agenda 21 ist die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung mit den Einzelkriterien:

- internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und nationale Politik
- Armutsbekämpfung
- Veränderung der Konsumgewohnheiten
- Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung
- Schutz und Förderung menschlicher Gesundheit
- Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung
- Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung
- Schutz der Erdatmosphäre
- integrierter Ansatz für die Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen
- Bekämpfung der Entwaldung
- Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme:
 - Bekämpfung der Wüstenbildung und der Dürren
 - nachhaltige Bewirtschaftung von Berggebieten
- Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung
- Erhaltung der biologischen Vielfalt
- Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie
- Schutz der Ozeane, aller Arten von Meeren und Küsten sowie Schutz, rationelle Nutzung und Entwicklung ihrer lebenden Ressourcen
- Schutz der Güte und Menge der Süßwasser-Ressourcen: Anwendung integrierter Ansätze zur Entwicklung, Bewirtschaftung und Nutzung der Wasserressourcen
- umweltverträglicher Umgang mit toxischen Chemikalien einschließlich Maßnahmen zur Verhinderung des illegalen internationalen Handels mit toxischen und gefährlichen Produkten
- umweltverträgliche Entsorgung gefährlicher Abfälle einschließlich der Verhinderung von illegalen internationalen Verbringungen solcher Abfälle
- umweltverträglicher Umgang mit festen Abfällen und Klärschlamm
- Sicherung und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen.

Betont wird in der Agenda 21 der partizipative und integrative Ansatz für die Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

2 Die Lokale Agenda 21

Viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und deren Lösung sind auf Aktivitäten der kommunalen Ebene zurückzuführen.

Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur. Sie überwachen den Planungsablauf, entscheiden über kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Dabei spielen sie ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch Erziehungs- und Mobilisierungsmaßnahmen. Dem trägt die Agenda 21 Rechnung und benennt die Kommunen als wichtigen Akteur bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele.

Als Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind intensive Diskussionsprozesse, Öffentlichkeitskampagnen sowie Überprüfung und Veränderung von Politik und gesetzlichen Regelungen auf lokaler Ebene vorgesehen.

Mit dem **Begriff Lokale Agenda 21** wird das Aktionsprogramm bezeichnet, das von den Kommunen durchgeführt werden soll, um auf der lokalen Handlungsebene die Umsetzung der Agenda 21 zu erreichen. Ziel ist dabei die Schaffung von optimalen Entwicklungsbedingungen im Sinne von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Verantwortung und Schutz der Umwelt für jede Gemeinde.

Somit beschreibt eine Lokale Agenda 21 das Leitbild für die zukunftsfähige Entwicklung der jeweiligen Gemeinde im 21. Jahrhundert. Sie setzt messbare Ziele und ordnet sie Instrumenten und Programmen zu ihrer Erreichung zu.

Die UN-Konferenz von Rio empfahl, mit dem Entwurf der Lokalen Agenda 21 durch die Kommunen bis 1996 zu beginnen.

3 Die Lokale Agenda 21 in Magdeburg – Beschlusslage und erste Projekte

Die Landeshauptstadt bekannte sich ebenfalls zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene.

A Beschluss zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda für Magdeburg vom 09.06.97 Beschluss-Nr. 1259-62(II)97

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bekennt sich zu der lokalen Untersetzung des auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio verabschiedeten Umwelt- und Entwicklungsprogramms für das 21. Jahrhundert (Agenda 21).

Zur Ausarbeitung der Grundsätze für eine Lokale Agenda 21 ist eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Mitwirkung der Verwaltung zu bilden. Das Grundsatzpapier ist dem Stadtrat in der Oktobersitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage des Grundsatzpapiers sowie unter Einbeziehung der Bundesgartenschau 1999, für Magdeburg eine lokale Agenda 21 zu erstellen. Dabei ist eine breite Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik, Öffentlichkeit, Wirtschaft und Verbänden herzustellen.

B Feststellender Beschluss zur Betreuung des Agenda-Prozesses vom 11.09.97

Durch diesen feststellenden Beschluss wurde dem Zeitweiligen Ausschuss Energiebeirat die Betreuung des Agenda-Prozesses übertragen.

C. Beschluss zur organisat. Begleitung des Prozesses der Lokalen Agenda vom 07.05.98 Beschluss-Nr. 1652-81(II)98

1. Benennung einer Person in der Verwaltung für die Koordinierung des Agenda-Prozesses innerhalb der Verwaltung und als Anlaufstelle für Aktivitäten zur Agenda, die von außen an die Verwaltung herangetragen werden.

2. Für die Zuordnung der Agenda-Personalstelle wird das Umweltamt empfohlen.

3. Als federführender Ausschuss für die weitere Betreuung des Agenda-Prozesses wird wie bisher der Energiebeirat benannt.

In Umsetzung dieser Beschlüsse wurde die Arbeitsaufgabe dem Umweltamt bei Beibehaltung des vorhandenen Personals zugeordnet.

D. Beschluss zur Erstellung einer Konzeption vom 13.06.2002

Beschluss-Nr. 1836-51(III)02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Konzeption über die weitere Fortführung des Agenda 21-Prozesses in Magdeburg und in der Stadtverwaltung zu erstellen.

Während einer **Auftaktveranstaltung im November 1998** wurden alle Ämter mit dem Anliegen der Agenda 21 bekannt gemacht. Gesprächsrunden des Amtes 31 mit einzelnen Ämtern, die prädestiniert für die Agenda-Arbeit sind (Amt 13, Amt 16, Amt 45, Amt 51, Amt 61) sowie mit der Kinderbeauftragten mündeten in eine **open-space-Veranstaltung im Juli 1999**. Diese Veranstaltung unter dem Motto „Miteinander für Magdeburg“ wandte sich sowohl an Verwaltungsmitarbeiter als auch an die Magdeburger Bevölkerung. Sehr intensiv brachte sich dabei die Initiativgruppe „Stadtvisionen – Lokale Agenda 21“ ein.

Die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 ist untrennbar mit der aktiven Einbeziehung der Bevölkerung verbunden. Nur Zielstellungen und Maßnahmen, die Ergebnis eines breit angelegten Diskussionsprozesses mit den Magdeburger Bürgern sind, bieten die Gewähr für eine breite Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit. Aus diesem Grund wurde für das Jahr 2000 sowie das 1. Halbjahr 2001 mit dem Verein „Stadt-Visionen Agenda 21 für Magdeburg e.V.“, der sich aus der Initiativgruppe entwickelte, ein **Kooperationsvertrag** abgeschlossen. Ziel war die Organisation und fachliche Betreuung von Agenda 21-Themengruppen von der Konzepterstellung bis zur Öffentlichkeitsarbeit und Projektbetreuung.

In einem Bericht des Vereins zur Vertragsabrechnung wurde herausgearbeitet, dass eine Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben „in der Verwaltung nebenbei“, über ein Ehrenamt bzw. eine ABM/SAM-Stelle nicht ausreichend ist. Die mit dem Vertrag verbundenen **Erwartungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung wurden nicht erfüllt**.

In der **Stadtverwaltung** gibt es zahlreiche Ansätze und Projekte, die den Anforderungen der Agenda 21 gerecht werden.

Im folgenden sollen einige benannt werden.

So sind gute Ansätze für zukunftsfähiges Arbeiten unter starker Beteiligung der Magdeburger im Museum für Naturkunde vorhanden. Hier wird unter Einbeziehung der Magdeburger Geschichte und der Magdeburger Bürgerinnen und Bürger themenorientiert gearbeitet. Dabei werden auch naturwissenschaftliche Fachgruppen z.B. Ornithologen, Paläontologen an das Museum gebunden. Ergebnisse einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Arbeit liegen ebenfalls im Jugendamt der Landeshauptstadt vor. Hier wurde im Rahmen der Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg eine Struktur entwickelt, die eine möglichst gute Einbeziehung der Magdeburger ermöglicht. So orientieren sich die Arbeitsgruppen an lokalen Brennpunkten und fordern eine Mitwirkung der dortigen Bevölkerung geradezu heraus.

Den Ansprüchen der Agenda wird ebenfalls die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den Gestaltungsprozess unserer Stadt gerecht. Im Rahmen des Projektes MACHTmit wird angestrebt, das Interesse von Jugendlichen für Politik und Gemeinwesen zu erhöhen und demokratische Prinzipien erlebbar zu machen. So wurde ihnen 1998 erstmalig unter dem Motto „Jugend im Stadtrat“ die Möglichkeit gegeben Anliegen und Anträge zu ihren Themen vorzubringen. Schule

machen inzwischen auch Stadtteilforen zum „Spielen in der Stadt“ und die Einbeziehung von Schülern und Schülerinnen umliegender Schulen in die Planung von Spielplätzen. Mit der Kinderfreundlichkeitprüfung wurde zudem ein Instrument geschaffen, dass die Verwaltung an die Einhaltung von festgesetzten Kriterien bindet.

Beispielhaft sind die Aktivitäten von Frauen in Magdeburg. Bereits seit 1990 hat sich der Runde Tisch der Frauen in Magdeburg etabliert. Die Arbeitsfelder reichen von der konkreten Unterstützung von Frauen in Entwicklungsländern über die Erarbeitung von Frauen-Leitlinien bis zum Einmischen in die tägliche Politik.

Im Umweltamt wird seit 1997 das Projekt „Energieeinsparung an Magdeburger Schulen“ durchgeführt, das seit 1999 durch die Einführung des Pilotprojektes „fifty/fifty“ einen zusätzlichen finanziellen Anreiz für die beteiligten Schulen erhält. Beispielhaft für diese Projekte ist die sehr gute Zusammenarbeit sowohl zwischen den beteiligten Ämtern (Amt 40, Amt 65, Amt 31), weiteren Kooperationspartnern wie z.B. SWM, den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern als Akteuren und Multiplikatoren.

Im Jahr 2002 wurde als weiteres übergreifendes Projekt in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt die Erstellung eines Energiepasses für kommunale Gebäude umgesetzt.

Als Manko der bereits laufenden Agenda-Arbeit muss die fehlende Bündelung und die fehlende einheitliche „Vermarktung“ der Inhalte und Ergebnisse eingeschätzt werden. Derzeit wird ein einheitliches Agenda-Layout einschließlich Internetauftritt vorbereitet um zum Einen die Magdeburger Bevölkerung mit dem Anliegen der Lokalen Agenda vertraut zu machen und ihr zum Anderen die Vielzahl der Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Lokalen Agenda nahe zu bringen.

4 Indikatoren

In den Medien wird eine Vielzahl unterschiedlichster Indikatoren zur Wertung des Agenda-Prozesses diskutiert. Diese Modelle sind überwiegend regional orientiert und bieten somit kaum eine Vergleichsmöglichkeit untereinander.

2001 hat die Deutsche Umwelthilfe eine Kampagne und einen bundesweiten Wettbewerb zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21 unter der Bezeichnung „Zukunftsfähige Kommune“ ins Leben gerufen.

Die dort ausgewählten Parameter finden sich in zahlreichen Indikatorenzusammenstellungen von Kommunen und Ländern wieder. Sie bieten auf Grund des Wettbewerbscharakters der Kampagne zudem den Vorteil der Vergleichbarkeit der eigenen Kommune mit anderen. Die Landeshauptstadt Magdeburg wird daher diese Indikatoren für ihren Agenda-Prozess nutzen.